

Hartmannbund Hauptversammlung

## Reinhardt fordert Neuwahlen und „Ende des Selbstbedienungsladens“

Der Vorsitzende des Hartmannbundes (HB) Dr. Klaus Reinhardt plädiert für schnelle Neuwahlen. Bei der HB-Hauptversammlung forderte er aber auch Verantwortung der Parlamentarier für dringend nötige gesundheitspolitische Maßnahmen und mehr Koordination im Gesundheitswesen.



©am „Die

US-Wahl wird sich wirtschaftlich und auf die sozialen Sicherungssysteme auswirken“, meint Hartmannbund-Chef Dr. Klaus Reinhardt.

„Der Selbstbedienungsladen, den wir uns in Deutschland seit Jahrzehnten leisten – immer mit dem Hinweis auf Patientenautonomie und Entscheidungsfreiheit –, hat einen Punkt erreicht an dem wir sagen: So geht's nicht weiter“, sagte Reinhardt zum Auftakt der Hauptversammlung des Hartmannbunds in Berlin am Freitagmorgen unter dem Applaus der Mitglieder.

Er verglich die Situation im Gesundheitswesen damit, dass ein Motor auf 4000 Umdrehungen im Leerlauf laufe. „Die Kolleginnen und Kollegen sind an vielen Stellen ausgebrannt“, sagte er. Jeder zweite Patient beschäftige einen zweiten Hausarzt und vermutlich auch mehrere Fachärzte der gleichen Fachrichtungen, so Reinhardt. Diese Form von Selbstbedienung sei auch unter Patientensicherheitsgesichtspunkten ein Problem. Er verwies auf die Gefahr von Doppelverordnungen. Das sei nur ein Beispiel warum Koordination im Gesundheitswesen nicht nur eine Frage der Ressourcensteuerung, sondern auch der Patientensicherheit sei. Reinhardt sprach ausdrücklich nicht von Steuerung, „weil mir das zu paternalistisch klingt“.

Dringenden parlamentarischen Handlungsbedarf mahnte Reinhardt bei der Notfallreform an. Wie es in Notaufnahmen zugehe, „das ist kein Zustand“, sagte er und erinnerte an den ersten Entwurf einer Notfallreform, der am Ende der vorigen Legislatur liegen geblieben ist und an die Vorlage des Sachverständigenrats für Integrierte Notfallzentren und Leitstellen. „Bisher gibt es das in einzelnen Kliniken, und dort, wo Player etwas tun, aber das gibt es eben nicht systematisch. Und das ist Politikversagen“, sagte er.

### **„Eine Regierung auf Abruf ist die schlechtere Lösung“**

Weiteren gesundheitspolitischen Vorhaben gibt Reinhardt aktuell keine Chancen mehr. Sie „werden bis zu einer Neuwahl sicher nicht mehr behandelt“, so seine Einschätzung. Er plädierte für schnelle Neuwahlen. Er könne keine Argumente für das Vorgehen von Bundeskanzler Olaf Scholz erkennen. Auch nach Neuwahlen würden Kanzler und Regierung geschäftsführend im Amt bleiben. Neue Projekte und neue Ausgaben und noch nicht verabschiedete Projekte könnten dann zwar nicht auf den Weg gebracht werden. „Das halten wir sicher mal zwei Monate aus. Aber wir halten es schlechter aus, eine Regierung auf Abruf zu haben“, sagte er.

Was aus der Klinikreform werde, sei derzeit „völlig unübersichtlich“. Bei einer Anrufung des Vermittlungsausschusses wäre sie in dieser Legislatur gestoppt. „Kommt es nicht zu einer Reform des Krankenhauswesens, verbrennen wir jeden Tag weiterhin unnötigerweise Geld im Gesundheitswesen“, sagte Reinhardt. Andererseits sei „ein zentrales Problem, dass man keine halbwegs seriöse Folgenabschätzung vornehmen kann“. Daher sei er an dieser Stelle dafür, einen Gang herauszunehmen. Dafür spreche auch, dass „der Übergang in die ambulanten Strukturen überhaupt nicht angemessen berücksichtigt“ sei. „Wenn wir an dieser Stellen einen Verdrängungswettbewerb anlegen, dann wird das nicht gut ausgehen“, warnte er.

Reinhardt hatte seine Rede mit einem Blick auf die Wahl von Donald Trump zum US-Präsidenten begonnen. Er warnte vor der Gefahr eines Handelskrieges mit den USA. „Wer glaubt, dass das ohne Auswirkungen auf unser Gesundheitswesen bleibt, der irrt“, sagte er. Denn das bringe Herausforderungen auch für Sozialabgaben.

Gleichzeitig komme Deutschland durch die erneute Präsidentschaft Trumps bei den Verteidigungsausgaben unter Druck. Europa habe auf diesem Gebiet in der Vergangenheit nicht die Verantwortung übernommen, die ihm zukommen würde. „Auch das wird sich wirtschaftlich und auf die sozialen Sicherungssysteme auswirken“, warnte der Hartmannbund-Chef. Man dürfe letztlich auch nicht vergessen, dass Trumps Klimapolitik „desaströs“ sei.